



Umwelt- und
Nachhaltigkeitspolitik
der Regierung:

(noch) weit entfernt von
der Umsetzung ihrer
eigenen Ansprüche!

April 2002

Umwelt- und Nachhaltigkeitspolitik der Regierung:

(noch) weit entfernt von der Umsetzung ihrer eigenen Ansprüche!

Die CSV-DP Regierung ist mit dem Anspruch angetreten, die nachhaltige Entwicklung als Leitbild ihrer Regierungsarbeit durchzusetzen.

Analysiert man jedoch in der Hälfte der Legislaturperiode, inwiefern die im Koalitionsabkommen dargelegten Maßnahmen tatsächlich umgesetzt bzw. zumindest in die Wege geleitet wurden, so ist noch eine weite Wegstrecke zwischen Handlungsbedarf / Anspruch einerseits und Realität andererseits zurückzulegen.

Kaum ansatzweise wurden die in der Regierungserklärung selbst gesteckten Ziele angegangen. Zwar gibt es zaghafte Ansätze von verschiedenen Ministerien bzw. einige öffentlichkeitswirksamen Projekte (Industriebranchen, Förderreglemente für regenerative Energien), die immer wieder als Aushängeschild genutzt werden. Darüber hinaus jedoch ist keine Aufbruchstimmung in Sachen nachhaltige Zukunftsgestaltung festzustellen. Dies trifft z.T. auch - aber nicht nur - auf das Umweltministerium zu. Vielmehr geht es hier um die Gesamtverantwortung der Regierung als solche.

Der Handlungsbedarf

Der aktuelle Handlungsbedarf wird sehr deutlich aufgrund objektiver Fakten und Entwicklungen vorgegeben. Vor allem zwei Elemente sind hierbei von Bedeutung:

- die ökologischen Grenzen / die Umsetzung der Idee von Rio
- die derzeitige starke Bevölkerungsentwicklung Luxemburgs und die damit verbundenen Herausforderungen.

1. Anerkennen ökologischer Grenzen – die Voraussetzung schlechthin für eine „nachhaltige“ Politik!

1.1. Ökologische Grenzen: Randbedingungen unseres Handelns

Aufgrund des Umweltgipfels in Rio hat ein Paradigmenwechsel stattgefunden: erkannt wurde endlich der Umstand, daß sich die Umwelt nicht nach unseren Bedürfnissen richten kann – sondern, daß wir die natürlichen Grenzen dieses Planeten berücksichtigen und unsere Lebens- und Wirtschaftsweise entsprechend gestalten müssen. Dies im Hinblick auf eine gerechte Verteilung der zur Verfügung stehenden Ressourcen zwischen Nord und Süd sowie der Wahrung der Lebensgrundlagen für zukünftige Generationen.

Daß diese Grenzen derzeit massiv überschritten werden, ist eine von Wissenschaftlern und Politikern anerkannte Tatsache. In der Konsequenz wurde ein klarer Handlungsbedarf, vor allem für die Industriestaaten, definiert.

Auch in Luxemburg wurden (auch wenn diese durchaus ausbaubar sind) z.T. konkrete Ziele im Entwurf des Planes für eine nachhaltige Entwicklung der Regierung festgelegt. Einige Beispiele, stellvertretend für andere:

- Umsetzung der Effizienzsteigerung gemäß dem Faktor 4 bzw. 10: die Ressourcenproduktivität muß erheblich erhöht werden. "... contribuer à la productivité des ressources naturelles par un facteur 2 d'ici 2020 et d'un facteur 4 d'ici 2050 (un facteur 4 correspondrait par exemple à un doublement de la production combiné avec une réduction de moitié de la consommation des ressources naturelles)."
- Erhöhung des Anteils der regenerativer Energien am gesamten Strommix in Luxemburg von 2,5 auf 5% bis zum Jahre 2010;
- 45% des Stromverbrauchs des «réseau public» sollen bis zum Jahre 2005 mittels «autoproduction» gewährleistet werden;
- Reduktion der CO₂-Emissionen um 28% bis zum Jahre 2010;
- Ausweisung von 5% der Landesfläche als Naturschutz- sowie Landschaftsschutzgebiete;
- Erhöhung der Energieeffizienz um 20% ;
- Erreichung eines modal split von mindestens 30% bis zum Jahre 2010;
- Reduktion der schädlichen Stoffe wie:
 - * CFC – Null-Emissionen
 - * Sox, NoX sowie: 70% bis zum Jahre 2010;
- mindestens 5% der Agrarfläche sollen im Jahre 2010 nach Kriterien des Biolandbaus bewirtschaftet werden;

- Reduktion des Haushaltsabfalls um 50% bis zum Jahre 2010, Valorisierung von 80% der organischen Stoffe, Erreichung einer 50%-Quote bei der Wiederverwertung, 75%-tige Sammlung von Problemstoffen;
- Wiederverwertung von 25% des Bauschutts – Reduktion der Gewerbe- und Industrieabfälle um 15% - Valorisierung von 75% der verbleibenden Abfälle;
- Substanzielle Reduktion des Landverbrauchs... («stabilisation de la consommation annuelle du sol d'ici 2005 puis sa réduction de 50% d'ici 2010»).

1.2. Nachhaltigkeitsstrategie der gesamten Regierung fehlt derzeit noch

Dieses sind u.a. die Ziele, an denen sich die Regierung orientieren und an denen sie sich messen lassen muß.

Sie erfordern, daß anstatt einer vielfach reaktiven, mit anderen Bereichen kaum vernetzten Umweltpolitik, eine reelle, klare und nachvollziehbare Strategie einer gesamten Regierung zustande kommt, dies mit Prioritäten und einem konkretem Zeitplan.

Eine solche erkennbare Strategie jedoch gibt es (noch) nicht. In der Regierungsarbeit ist nur äußerst selten von derartigen Qualitätszielen die Rede – der Staatsminister selbst erwähnte sie nur einmal öffentlich ... als es darum ging, die Klimaschutzziele in Frage zu stellen (!).

Wer, wenn nicht wir, als eines der reichsten Länder der Welt, sollte die Leitlinien der nachhaltigen Entwicklung in die Praxis umsetzen und mit dem guten Vorbild vorangehen?

Fazit:

Bis dato ist es der Regierung nicht gelungen, das Grundprinzip von Rio – nämlich das Erreichen von Qualitätszielen im ökologischen Bereich – in die politische Praxis umzusetzen. Vielmehr wird dieses Grundprinzip jedwedernachhaltigen Entwicklung außer Acht gelassen – es fehlt an einer strategischen Vision.

2. „Wéi e Lëtzebuerg fir muer?“ - heute die Voraussetzungen für eine nachhaltige Zukunftsgestaltung schaffen!

Die fehlende Nachhaltigkeits-Strategie der Regierung erweist sich in der Praxis vor allem auch vor dem Hintergrund der Bevölkerungsentwicklung in Luxemburg als äußerst problematisch.

Aufgrund fehlender staatlicher Rahmensetzungen und einer Strategie, wie mit dieser Entwicklung umzugehen ist, riskiert diese Entwicklung unnötigerweise mit sehr negativen Konsequenzen einher zu gehen.

2.1. Die Entwicklung Luxemburgs – konsequentes Handeln gefordert

Einige Beispiele:

- Zersiedlung der Landschaft: Bereits heute ist in den meisten Regionen (nicht nur im Zentrum oder Süden!) ein sehr hoher Zersiedlungsgrad der Landschaft festzustellen, der mit negativen Konsequenzen für die Lebensqualität der Einwohner verbunden ist. Es ist bis dato nicht gelungen aufgrund von Vorgaben der Landesplanung und des Umweltministeriums z.B. Tabugebiete für die weitere Bebauung zu definieren und rechtlich abzusichern (um somit u.a. Naherholungsräume für die Bewohner zu wahren). Dies gilt besonders für die sog. „zones vertes interurbaines“ z.B. zwischen Zentrum und Süden und die Peripherie der Stadt Luxemburg.
Wie sollen wir eine weitere Zersiedlung der Landschaften in den Griff bekommen, wenn es bereits heute nicht gelingt, eine qualifizierte Politik zu betreiben?
- Transportpolitik: Anderes Beispiel ist sonder Zweifel die Transportpolitik. Hier wurden auf der Ebene des öffentlichen Transportes rezent wichtige neue Akzente gesetzt. Doch gleichzeitig wird die Doppelstrategie weitergeführt: eine Vielzahl weiterer umstrittener Straßenbauprojekte stehen zur Debatte, es werden keine Maßnahmen getroffen, um eine weitere Verschlechterung der Situation zu verhindern (z.B. Wildwuchs weiterer Aktivitätszonen im Süd-Westen der Stadt Luxemburgs mit ungeheurer Sogwirkung im Bereich Individualverkehr), wesentliche zukunftsweisende Projekte harren einer Umsetzung (z.B. Mobilitätszentrale, Schaffung eines Verkehrsverbundes ...). Wenn die heutige Verkehrssituation wie ein einziges Chaos anmutet und kaum neue Wege in Richtung eines kurzfristigen nachhaltigen „Mobilitätsmanagements“ begangen werden, wie soll dies dann morgen besser werden?

Zum Integrativen Verkehrs- und Landesentwicklungskonzept (IVL)

Der Mouvement Ecologique

- begrüßt die Entscheidung der Regierung ein integratives Verkehrs- und Landesentwicklungskonzept in Auftrag zu geben;
- stellt sich jedoch die Frage, weshalb nicht gleichzeitig landesplanerische Sofortmaßnahmen zum Verhindern weiterer vollendeter Tatsachen im Verkehrs- und Siedlungsbereich festgehalten wurden (immerhin wird das Konzept erst vier Jahre nach Beginn der Legislaturperiode vorliegen!);
- spricht sich in aller Deutlichkeit dafür aus, daß neben Infrastrukturprojekten im Verkehrsbereich auch weitergehendere Maßnahmen zur organisatorischen Verbesserung der Situation getroffen werden, wie z.B. die Schaffung einer Mobilitätszentrale und die Gründung eines Verkehrsverbundes
- wehrt sich entschieden dagegen, daß das Straßenbauministerium eine Reihe von umstrittenen Projekten als politisch akzeptiert ansieht und einer Untersuchung im Rahmen des IVL entziehen möchte;

- fordert Klarheit über die Beteiligung der Gemeinden an der Erstellung des Konzeptes.

- Wohnungsbau: Bereits heute ist die Situation auf dem Wohnungsbaumarkt sowohl aus sozialer Sicht, wie auch in Bezug auf eine unrationelle Nutzung des Raumes untragbar geworden. Wenn die Regierung nicht aktiv wird (z.B. endlich einen «plan sectoriel logement» erstellt), ist nicht vorhersehbar, inwiefern sich diese Situation angesichts eines weiteren Bevölkerungswachstums zuspitzen würde. Inwiefern die Arbeiten in diesem Bereich, die im Rahmen der IVL-Studie zum Siedlungsbereich gemacht werden, die Form - auch aus rechtlicher Sicht - eines sektoriellen Planes annehmen, ist zur Zeit ungewiß und scheint eher fragwürdig zu sein.

2.2. Eine Strukturierung der Bewußtseinsbildung und der Entscheidungsfindung ist dringend notwendig!

- Notwendigkeit einer Reihe von Maßnahmen z.T. liegt auf der Hand – warum werden sie nicht ergriffen?

Mehrere im Koalitionsabkommen festgeschriebene Maßnahmen würden eine Objektivierung der Diskussion sowie reelle politische Gestaltungsmöglichkeiten eröffnen: Umsetzung der neuen Direktiven der Landesplanung, Erstellung eines Bodenschutzgesetzes, Erstellung von Tabuzonen im Bereich Natur- und Landschaftsschutz ...

In Ermangelung dieser unerläßlichen dringenden Maßnahmen der Regierung sind all jene gut zu verstehen, die der aktuellen Regierung nicht zutrauen, die heutige Entwicklung in den Griff zu bekommen.

- Das Interesse der Bevölkerung an einer strukturierten Debatte besteht – warum wird es nicht aufgegriffen?

Dabei ist die Bereitschaft breiter Kreise der Zivilgesellschaft sowie der Bevölkerung an der Debatte teilzunehmen bemerkenswert (cf. Resultate der ILRES-Umfrage, die im Auftrag des Mouvement Ecologique durchgeführt wurde). Doch die Diskussion verläuft nach wie vor auf der Ebene von Biertischgesprächen und Leserbriefen. Wo bleiben die Fachforen oder öffentliche Hearings, die seitens der Regierung einberufen werden sollten? Wann erfolgt die dringend erforderliche Versachlichung der Debatte durch die Regierung?

- Die Zukunft gestalten heißt auch „in Menschen investieren“ - warum dominieren nach wie vor fast ausschließlich Infrastrukturprojekte?

Man wird das Gefühl auch nicht los, daß in politischen Kreisen vielfach die Meinung vorherrscht Zukunftsherausforderungen aufgrund eines erhöhten Bevölkerungswachstums prioritär, wenn nicht sogar ausschließlich mit Hilfe milliardenteurer Investitionen in neue Infrastrukturen zu begegnen. Solche Investitionen sind sicher, z.B. im Schul- und Betreuungsbereich, im öffentlichen Transport u.a.m. notwendig und legitim. Aber wären nicht – vergleichbar billigere - Investitionen in Menschen bzw. in innovative Strukturen gleichzeitig geboten, um den erhöhten Bedarf an Beteiligung der Bürger, an regionaler

Zusammenarbeit, an Vernetzung von Politikbereichen u.ä. zu organisieren und zu begleiten?

Weshalb z.B. gelingt es nicht, das regionale Syndikat ProSud – ein unentbehrlicher Grundpfeiler für die Südregion von morgen, endlich aus der Wiege zu heben? Weshalb ist die im Regierungsprogramm angekündigt Mobilitätszentrale nicht schon längst geschaffen?

In diesem Zusammenhang ist die Ankündigung im Rahmen des „Fonds national de la Recherche“ Gelder für die Aufarbeitung der Zukunftsherausforderungen Luxemburgs zur Verfügung zu stellen ein kleiner Lichtblick.

Fazit:

Es gelingt der Regierung derzeit nicht, die großen Zukunftsthemen positiv aufzugreifen und einen breitangelegten Meinungsbildungs-Prozeß in die Wege zu leiten.

Vor allem auch der Trend, den Zukunftsherausforderungen fast ausschließlich durch Investitionen in materielle Infrastrukturen zu begegnen, muß gebrochen werden. So wichtig auch manche dieser Investitionen sind: Investition in Menschen und innovative Strukturen sind gleichermassen notwendig, ebenso wie landesplanerische und verkehrspolitische Sofortmaßnahmen!

Die Realität

Die Herausforderungen sind demnach deutlich erkennbar. Und zu einem gewissen Teil wurden sie auch im Rahmen des Koalitionsabkommens der Regierung aufgegriffen und zumindest Elemente von Lösungen benannt. Doch – analysiert man in der Hälfte dieser Legislaturperiode, inwiefern diese Vorgaben im Bereich der nachhaltigen Entwicklung umgesetzt wurden – so ergibt sich ein äußerst ernüchterndes Bild.

3. Auf Regierungsebene: Ökologie als Stiefkind ...

Sicherlich ist für die eher desaströse Situation keinesfalls ausschließlich das Umweltministerium verantwortlich. Ganz im Gegenteil: die gesamte CSV-DP-Regierung steht in der Verantwortung. Auch der Staatsminister, der noch vor 2 Jahren seinen Bericht zur Lage der Nation unter die Thematik der nachhaltigen Entwicklung gestellt hatte, kann sich dieser nicht entziehen.

Zentrale Aussagen der Regierungserklärung wie nachfolgende werfen deshalb Fragen über die Ernsthaftigkeit und Konsequenz auf:

«Le principe du développement durable guidera les actions du gouvernement en matière de politique écologique environnementale.»

Einige Beispiele einer unzulänglichen Umsetzung des Koalitionsabkommens stehen stellvertretend für das Defizit dieser Regierung:

- Vorreiterrolle des Staates: In der Regierungserklärung wird davon gesprochen, der Staat solle im ökologischen Bereich eine Vorreiterrolle übernehmen, in dem er u.a. bei staatlichen Gebäuden / Verwaltungen verstärkt auf ökologische Materialien zurückgreifen, Energiesparmaßnahmen in die Wege leiten bzw auf regenerative Energien nutzen sowie den «ökologischen Leitfaden» im Baubereich in die Praxis umsetzen würde. Zögernde isolierte Maßnahmen gibt es wohl, jedoch keineswegs eine systematische Vorgehensweise. Symptomatisch ist z.B., daß bei der Reform des Gesetzes betreffend die Ausschreibungen von öffentlichen Stellen die Verpflichtung zur umweltschonenden Beschaffung nicht grundsätzlich festgeschrieben werden soll, konkrete weitergehende Projekte im Sinne eines vorsorgenden Umweltschutzes im Bautenbereich kaum bekannt sind und eine Operationalisierung des ökologischen Leitfadens im Baubereich bis dato nicht erfolgte.
- Verknüpfung Ökologie / Ökonomie: Ein wesentlicher Akzent der Regierungserklärung betraf die Ökologisierung der Wirtschaftspolitik. Stichworte hierbei waren z.B. «analyse sur les axes de développement actuelles sous l'aspect du développement durable», die Erstellung von entsprechenden Förderprogrammen, eine offensivere Vorgehensweise betreffend das Oeko-Audit, die Erstellung sehr gezielter finanzieller

Unterstützungsmechanismen für Betriebe, die im Umweltbereich aktiv werden, die Erstellung eines breiten Beratungsprogrammes für Betriebe aus ökologischer Sicht... Dies der Anspruch - konkret erfolgte nichts Wesentliches, so weit nach außen bekannt!

- Optimierung des Gas- und Dampfturbinenkraftwerkes: Ebenfalls wurde festgehalten, dieses Werk solle aus ökologischer Sicht optimiert werden, u.a. betreffend die Auskoppelung von Wärme mittels eines Nahwärmenetzes. Zielwerte sind nach außen nicht bekannt – eine Strategie zur gezielten Ansiedlung von Betrieben die Nahwärme nutzen könnten, gibt es scheinbar nicht.
- Energiesteuer einführen: Das Koalitionsabkommen sah ebenfalls vor, daß eine spezifische Studie über die mögliche Erstellung einer Energiesteuer erstellt werden solle: („Dans le cadre de l'objectif de réforme écologique de notre système fiscale, le Gouvernement entamera un premier pas en faisant réaliser une étude de faisabilité sur l'introduction d'une taxe énergétique dans le cadre des réglementations communautaires.“)
- Klimaproblematik und Verbesserung des Wärmeschutzes: Vorgegeben ist ebenfalls die Überarbeitung der heutigen Isolationsnormen bei Neubauten, die in der Tat im Vergleich zum Ausland als absolut veraltet gelten („les normes d'isolation thermique des constructions nouvelles seront adaptées aux progrès techniques et leur contrôle se verra renforcé«). Auch hier hinkt die Regierung hinter ihrem eigenen Anspruch hinterher.
- „La politique énergétique doit aussi contribuer à l'objectif de croissance durable«: Diese weitreichende Aussage der Regierungserklärung wird in der Praxis Lüge gestraft. Das Wirtschaftsministerium beabsichtigt(e) die Rahmenbedingungen für die sehr ökologischen mittleren BHKW-Anlagen zu verschlechtern, dies trifft ebenfalls auf die Voraussetzungen für Wind und Sonne zu (indem sie vor allem von der Indexierung ausgenommen werden), trotz Vorgaben des Gesetzes zur Stromliberalisierung erhält die CEGEDEL keine weitgehenderen ökologischeren Auflagen betreffend den Importstrom (z.B. betreffend den Anteil regenerativer Energien). Der Wirtschaftsminister bezeichnet den Umweltminister, der das Kyoto-Abkommen in die Wege leitete, gar öffentlich als «Pol Pot». Hier verfolgt die Regierung zwei Strategien: Der eine «darf» etwas für die Umwelt tun (vor allem mittels Finanzen), der andere bremst und hemmt.
- Umsetzung des «programme directeur de l'aménagement du territoire»: («la mise en oeuvre de cette stratégie sera intégrée dans les politiques sectorielles poursuivies par les départements ministériels concernés. L'aménagement du territoire assurera dans ce contexte une mission de coordination“): Wohl ist gewußt, daß die Umsetzung und Validierung dieses Planes nicht von heute auf morgen erfolgen kann und auch der «Conseil Supérieur de l'Aménagement du Territoire» derzeit ein Gutachten hierzu abgibt. Und doch: was hindert das Innenministerium daran, offensiver erste Elemente dieses Programms umzusetzen z.B. durch die Förderung raumsparender bzw. sozialer Bauweisen und -formen, die Standardisierung der Gutachten der „commission d'aménagement“ ... Wann wird das Landesplanungsprogramm in der Abgeordnetenversammlung zur Debatte stehen? Wie wird ein Zusammenhang mit der Diskussion der Spezialkommission

„Immigration“ bzw. der Diskussion über die Nachhaltigkeit hergestellt.

- Erstellung von sektoriellen Plänen: Ebenso vorgesehen im Koalitionsabkommen ist die Erstellung einer Reihe von sektoriellen Plänen. Immerhin finden sie z.T. im IVL nunmehr Erwähnung – doch unklar ist überhaupt, inwiefern das IVL bereits als «plan sectoriel» dienen kann oder nicht. Eine Umsetzung bzw. Diskussion über die Resultate des IVL im Rahmen der aktuellen Legislaturperiode ist aber nicht mehr unbedingt gegeben... Vergleichbares gilt für den sektoriellen Plan „paysages protégés“ sowie die Umsetzung der EU-Habitat- und Vogelschutzdirektive, die nur schleppend vorankommt.
- Erstellung von «plans directeurs régionaux»: Die Dynamik des Innenministeriums im Süden des Landes ist z.T. bemerkenswert, besonders in Bezug auf die Revitalisierung von Belval-Ouest. Was erfolgt nun mit den anderen Industriebrachen, wie kann Belval-Ouest in ein Entwicklungskonzept der Südregion eingebettet werden? Hier sind ohne Zweifel nicht alle Voraussetzungen für eine kurzfristig verstärkte Zusammenarbeit der Gemeinden gegeben. Auch stellt sich die Frage, wie verhindert werden kann, daß andere Regionen, wie z.B. eine „Nordstad“ das Gefühl bekommen, nicht vergleichbar in ihren Bemühungen gefördert zu werden.
- Sanierung von Altbauten / Erstellung eines «Carnet de l’habitat»: Bereits seit Jahren wird das Projekt zur Erstellung eines «Programmes zur Altbausanierung» von den verschiedenen gesellschaftlichen Akteuren als wichtig und sinnvoll erachtet. Obwohl bereits mehrfach angekündigt, gibt es dieses nach wie vor nicht – ebenso wie das «carnet de l’habitat» immer noch auf sich warten läßt. Ob dies wohl auf Gerangel zwischen Umwelt- und Wohnungsbauministerium zurückzuführen ist?
- Engagement auf internationaler Ebene: In der Regierungserklärung ist noch folgendes Ziel verankert: «Au niveau de la politique européenne le Gouvernement s’engagera de façon conséquente à ce que de hauts niveaux de protection soient adoptés». Generell ist die Haltung Luxemburgs kaum bekannt. Daß Luxemburg sich auf dem Goeteborggipfel bzw. in Barcelona als Fürsprecher einer ökologischen Politik gemacht haben soll, scheint nicht der Fall gewesen zu sein.
- Beteiligung der Bürger verbessern: Dem Staatsministerium obliegt gemäß Koalitionsabkommen die Verantwortung für die Erstellung eines «projet de loi réglant l’initiative populaire au niveau national». Wie steht es mit diesem Gesetzesentwurf ?
- Schaffung eines Verkehrsverbundes und einer Mobilitätszentrale: Auch dies sind aus der Sicht der nachhaltigen Entwicklung Kernelemente des Koalitionsabkommens. Mehrfach angekündigt lassen konkrete Projekte auf sich warten.

Fazit:

- Ökologische Aspekte werden auf Regierungsebene nur begrenzt wahrgenommen. Die Regierung wird ihren eigenen in der Regierungserklärung formulierten Ansprüchen kaum bzw. nicht gerecht.

- De facto besteht in wesentlichen Fragestellungen kein Konsens auf Regierungsebene betreffend die Umweltpolitik. Häufig scheinen sich die Regierungspartner im Wege zu stehen – und dies sogar z.T. unabhängig von den Parteizugehörigkeiten. Beispiele: Energiepolitik zwischen Umwelt- und Wirtschaftsministerium / Altbausanierung zwischen Umwelt- und Wohnungsbau.
- Kompetenzgerangel scheint konkrete Initiativen zu verhindern, wie das Beispiel der Sanierung von Altbauten als trauriges Fallbeispiel aufzeigt.
- Man wird sogar den Eindruck nicht los, als ob eine gewisse Doppelzüngigkeit vorherrschen würde. Von besonderer Aussagekraft ist hier sicherlich der Spannungsbereich Energie und Umwelt sowie der Bereich CO2-Einsparung / Landschaftsschutz und Straßenbaupolitik.
- Nachhaltige Entwicklung bedeutet Integration von Sozial-, Wirtschafts- und Umweltpolitik. De facto erfolgte aber nicht einmal ansatzweise eine Integration ökologischer Aspekte in die Politik sektorieller Ministerien. Und... das Umweltministerium scheint sich mit dieser Rolle z.T. abgefunden zu haben.
- Mehr und Mehr scheint die Regierung ihre Gestaltungsaufgabe – unbewußt oder aufgrund neoliberaler Überzeugungen – zugunsten der Kräfte des Marktes aufzugeben.

4. Auf der Ebene des Umweltministeriums: positive Ansätze, aber ungenügende Zielorientierung im Sinne einer Gesamtstrategie

Vom Umweltministerium wurden in der ersten Hälfte der Legislaturperiode eine Reihe positiver Akzente gesetzt: neue Förderreglemente für regenerative Energien umgesetzt, eine aus Naturschutzsicht positive Novellierung des Naturschutzgesetzes (auch wenn Verbesserungen notwendig sind) ist auf dem Instanzenweg ...

Doch, so begrüßenswert diese Aushängeschilder der Umweltpolitik auch sind, so mögen sie dennoch nicht darüber hinwegtäuschen, daß es dem Umweltministerium an einer den Herausforderungen entsprechenden Strategie fehlt, die sich an klaren Zielen orientiert. Vielfach ist das Umweltministerium auch in der öffentlichen Debatte nicht präsent.

Einige Beispiele einer unzulänglichen Umsetzung des Koalitionsabkommens stehen stellvertretend für Handlungsdefizite des Umweltministeriums:

- Fehlen eines offensiven Klimaschutzprogrammes: Luxemburg scheint derzeit seine Klimaschutzziele zu verfehlen, obwohl aufgrund der Umstrukturierung der Stahlindustrie bereits eine erhebliche CO2-Reduktion erfolgte. Dies trotz folgender Aussage in der Regierungserklärung: «Le Gouvernement finalisera le plan de réduction des émissions de CO2 et mettra en oeuvre un programme pluriannuel y relatif». Sicherlich: hier sind weitaus mehr Akteure der Regierung

gefordert als «nur» das Umweltministerium. Und doch:

- * Wo bleibt die Stimme des Umweltministeriums, wenn es gilt in den sektoriellen Ministerien Klimaschutzmaßnahmen durchzusetzen?
- * Wann endlich wird ein pluriannueller Klimaschutzplan mit konkreten Zielen und benannten Akteuren und Instrumenten dargelegt, der zumindest die einzelnen Ressortministerien und das Umweltministerium selbst vor ihre Verantwortung stellen würden? Wann erfolgt auch eine chiffrierte Auswertung der bisherigen Initiativen in diesem Bereich?

- Keine weitgehende Umsetzung der Abfallwirtschaftspläne: Das Umweltministerium hat zwar einen unter der letzten Regierung erstellten «plan national de gestion des déchets» veröffentlicht. Doch bei diesem theoretischen Dokument scheint es in der Praxis dann auch zu bleiben. Weder wurden die – sowohl im Gesetz als auch im Plan vorgesehenen – Abfallwirtschaftspläne für die einzelnen Abfallbereiche (Haushaltsabfälle, Bauschutt, Industrie...) mit klaren Hierarchien erstellt – geschweige denn ihnen eine juristische Basis gegeben. Auch die im Abfallbereich vorhandenen Strukturen, die gemäß Koalitionsabkommen sogar valorisiert werden sollten, wie z.B. der «Conseil national de gestion de déchets» mit den Gemeindevertretern, scheinen eher eingeschlafen zu sein. Dabei war der Anspruch ein anderer. Wir zitieren: «Au niveau de la gestion des déchets, le Gouvernement entend assurer une étroite coopération avec les communes, les syndicats de communes et les autres acteurs concernés et il mettra un accent sur la politique de prévention.»

- Förderung erneuerbarer Energien: Wie bereits hervorgehoben sind die verabschiedeten Förderreglemente im Energiebereich seitens des Umweltministeriums absolut positiv zu werten. Doch, und die Erfahrung im Ausland weist dies zur Genüge auf (siehe entsprechendes Papier des Deutschen Verbandes für Solarenergie), finanzielle Förderprogramme reichen nicht aus. Vielmehr ist eine weitaus offensivere Vorgehensweise notwendig: Kontakt aufnehmen mit Banken, Gemeinden ... um diese bewußt für die Anwendung von Solarenergie zu gewinnen, regelrechte Markteinführungsprogramme sind die Schlagwörter, die es in die Praxis umzusetzen gilt. Nur so können die Zielwerte im Bereich regenerative Energien erreicht werden.

- Erstellung eines Altlastenkatasters: Gemäß Regierungserklärung soll «à court terme» ein nationaler Altlastenkataster ebenso wie ein pluriannueller Sanierungsplan erstellt werden, gleichzeitig soll an die Einrichtung eines «Fonds du risque environnemental» gedacht werden. Für die Industriebrachen des Landes liegen z.T. Kataster vor (die trotz Anfragen des Mouvement Ecologique z.T. aber nicht öffentlich sind), ein weitgehender Sanierungsplan für alle Gebiete ist kaum bekannt. Für das ganze Land liegen keine öffentlich zugänglichen Informationen über den Kataster vor – Sanierungsmaßnahmen scheinen (noch) nicht geplant zu sein... Rezent wurden aber immherin die Gemeinden angeschrieben, um das Projekt voranzutreiben.

- Erstellung eines «plan de qualité de l'air et de l'eau et de valeurs d'émission limites fixant des normes environnementales»: In diesem Bereich ist keine Initiative bekannt!

- Erstellung eines sektoriellen Planes für Landschaftsschutzgebiete (préservation de grands ensembles paysagers et forestiers): zur Zeit ist noch nichts erfolgt, im Rahmen des IVL wurde jedoch die Erstellung eines solchen Planes angekündigt.
- Schleppende Umsetzung der EU-Direktive über Habitat-Gebiete: Luxemburg hat zwar endlich mit erheblicher Verspätung die Liste der Habitat- und Vogelschutz-Gebiete nach Brüssel gemeldet, so wie das EU-Recht vorsieht. Wie das Management dieser Gebiete jedoch erfolgen soll, wer für welche Maßnahme verantwortlich ist, welche Prioritäten bei Schutz von Arten bzw. Lebensräumen gelten sollen, wie eine Beteiligung aller Akteure stattfinden soll... ist nach wie vor nicht bekannt. Ein Zusammenhang der Habitat-Gebiete mit der allgemeinen Landesplanung ist ebenfalls nicht direkt ersichtlich.
- Ungenügende wissenschaftliche Grundlagen für eine fundierte Naturschutzpolitik: Neben dem Audit über die administrative Reform der Forstverwaltung wurde vor einigen Jahren auch ein Audit über den Zustand der natürlichen Umwelt erstellt. Darin wurde u.a. die Notwendigkeit einer wissenschaftlich fundierten Naturschutzpolitik angemahnt. Bis heute ist dieses Audit ohne weitgehende Folgen geblieben. Eine Reihe von biologischen Stationen wurden zwar lobenswerter Weise in Zusammenarbeit mit Gemeindefunktionen geschaffen, nur: wo bleibt die wissenschaftliche Institution, die übergreifend die Grundlagen und den Rahmen bildet, um die Arbeit u.a. der biologischen Stationen auf eine solide fachliche Grundlage zu stellen? Wie will Luxemburg – ohne eine solche fachliche Stelle – die Verpflichtungen der EU-Habitat Direktive einhalten?
- Erstellung eines Bodenschutzgesetzes: Gemäß Aussagen des Umweltministeriums wird zwar an diesem gearbeitet, nach Außen ist jedoch nichts weiter bekannt, weder was die Ziele, noch was den Zeithorizont betrifft.

Fazit

- Es fehlt dem Umweltministerium an einer Strategie, die klare umweltpolitische Ziele im Rahmen einer Gesamtstrategie verfolgt. Es gibt zwar einige zukunftsorientierte Projekte, dabei bleibt es aber.
- Das Umweltministerium verliert sich in der Alltagspolitik – mittel- und langfristige Strategien sind nur schwerlich erkennbar. Eine vermeintlich pragmatische Vorgehensweise führt dazu, daß zusätzlich zu der Kompetenzbescheidung bei der Regierungsbildung, das Umweltministerium kein umweltpolitisches Profil erkennen läßt z.B. bei der Debatte zum Bevölkerungswachstum.
- Entwickelt das Umweltministerium nicht für den zweiten Teil der Legislaturperiode eine weitaus offensivere Vorgehensweise, so können die Ziele der Regierungserklärung – und eine Politik im Sinne einer nachhaltigen Entwicklung – nicht einmal annähernd umgesetzt werden.

Schlußfolgerung

Nachhaltige Zukunftsgestaltung braucht neue Politikformen

Das Fazit des Mouvement Ecologique: Die Bilanz der Regierung als solcher bzw. des Umweltministeriums in Sachen Nachhaltigkeit und Umweltpolitik in der Hälfte der Legislaturperiode ist - wie die Fakten belegen - mehr als mager.

Statt einer gemeinschaftlichen Umsetzung einer klaren Strategie und Ziele, scheint es als ob jedes Ministerium „seine eigene Suppe kochen“ würde, scheinen sich einzelne Ministerien aus Kompetenzgerangel eher in den Füßen zu stehen als zu kooperieren, gibt es absolut divergierende Sichtweisen, die zu einer teilweisen gegenseitigen Lähmung führen.

Damit wird die Regierung nicht nur ihren, im Koalitionsabkommen bzw. der Regierungserklärung festgelegten Ansprüchen, nicht gerecht.

Die Aspekte „Nachhaltigkeit“ und „Umweltpolitik“ kommen vielmehr auch in Zusammenhang mit der Debatte über die Zukunftsgestaltung Luxemburgs viel zu kurz.

Dabei liegt in der Wahrung der Lebensqualität – auch für zukünftige Generationen – eine zentrale Herausforderung. Nicht nur für die Menschen, die in diesem Land leben (werden), sondern auch für die Attraktivität des Standortes Luxemburg, für den nicht nur wirtschaftliche Vorteile von Bedeutung sind.

Will die CSV-DP-Regierung am Ende dieser Legislaturperiode nicht sich eine weitgehende Handlungsunfähigkeit in Sachen „Nachhaltigkeit“ und „Umweltpolitik“ vorwerfen lassen, so sind in der zweiten Hälfte der Legislaturperiode dringende Maßnahmen notwendig.

Dabei geht es nicht nur (aber auch) um die Lösung von konkreten Sachfragen und die Umsetzung des Koalitionsabkommens, sondern in erster Linie auch um eine andere Art und Weise der Politikgestaltung:

Es geht darum die Voraussetzungen zu schaffen, um

- die Nachhaltigkeitsidee in die Arbeit der verschiedenen Ministerien zu verankern;
- eine Gleichwertigkeit – so wie in Rio definiert – von wirtschaftlichen, sozialen und ökologischen Interessen herbeizuführen, dies sowohl in der Sache als auch in der Meinungs- und Entscheidungsbildung;
- eine strukturierte Auseinandersetzung über die wirtschaftlichen, sozialen und ökologischen Aspekte der Zukunftsgestaltung Luxemburgs zu führen;
- eine stärkere Beteiligung der BürgerInnen, verschiedenartiger Interessengruppen und der Zivilgesellschaft zu ermöglichen;

- die Zukunftsgestaltung - neben notwendigen Investitionen in neue materiellen Infrastrukturen – durch verstärkte Investitionen in Menschen und innovative Organisationsformen abzusichern.

Die Fokussierung wesentlicher Diskussionen auf traditionelle Luxemburger Konsensgremien (Tripartite, Wirtschafts- und Sozialrat...) schließt weite Teile der Zivilgesellschaft aus. Dies mit dem Resultat, daß die oben erwähnten Voraussetzungen nicht einmal ansatzweise bis dato erreicht wurden.

Statt die Arbeit von Bürgerinitiativen in Frage zu stellen - die in der Regel grundsätzliche Fragestellungen aufwerfen und auch konstruktive Lösungswege aufzeigen – wäre die Regierung gut beraten, neue Wege im Sinne einer partizipativen Demokratie zu gehen.

Von Staatsminister J.-Cl. Juncker erwartet der Mouvement Ecologique entsprechend einige klare diesbezügliche Aussagen im Rahmen des Berichtes zur Lage der Nation.

Nicht zuletzt auch im Vorfeld von der Rio-Folgekonferenz in Johannesburg, die Ende August / Anfang September stattfindet, ist eine deutliche Sprache der Regierung unerlässlich.

Wann kommt die Debatte über die nachhaltige Entwicklung ?

Von Ende August bis Anfang September findet in Johannesburg die Folgekonferenz von Rio statt – 10 Jahre nach dem ersten Weltgipfel. In allen EU-Staaten laufen derzeit Diskussionen über die nationalen Berichte zu dieser wichtigen Konferenz.

Auch in Luxemburg galt es einen Prozeß der Bewußtseins- und Meinungsbildung zu organisieren. Dies erfolgte z.T. mit der Organisation eines Hearings der Umweltkommission der Abgeordnetenkammer. Aufgrund dieses Hearings sollte von der Kommission ein Bericht mit Vorschlägen erstellt werden, die dann im Rahmen einer Debatte im Plenum der Abgeordnetenkammer diskutiert werden sollten.

Der Termin für die Debatte zur nachhaltigen Entwicklung, die ursprünglich Ende 2001 stattfinden sollte, wurde wiederholt verlegt: zunächst auf Januar 2002, April 2002 und nunmehr auf den nächsten Juni.

Es bleibt unverständlich, aus welchen Gründen diese permanente Verlegung erfolgte, zumal nicht direkt erkennbar ist, daß neue Fakten in die Diskussion eingeflossen wären.

Der Mouvement Ecologique stellt fest, daß durch diese Verlegung die Voraussetzungen für einen Diskussionsprozeß nicht bzw. nicht mehr im gewünschten Ausmaß gegeben sind.

Unverständlich bleibt, weshalb bis dato keine Vernetzung zwischen der Debatte zur nachhaltigen Entwicklung, derjenigen über die Immigration (Spezialkommission) bzw. des „programme directeur de l'aménagement du territoire“ hergestellt wurde. Hier wird – wohl aufgrund unterschiedlicher (partei-)politischer Kompetenzen – nebeneinander gearbeitet, obschon ein direkter Zusammenhang zwischen den drei Ebenen besteht!